

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kollmar 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Giermann, Elberfeld, W. Thienes, Großwald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Krieger. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

Berlin, 5. April. Gestern haben sich die Minister Dr. von Bülow, von Köller, Freiherr von Hammerstein und Dr. von Stephan in Angelegenheiten des Nord-Ostsee-Kanals nach Kiel begeben.

Der deutsche Handelsrat hat gestern einstimmig nach einem überzeugenden Referat des Generalsekretärs Ruffel den Ansuchen nach einem Antrage, welcher jede Erleichterung der deutschen Goldwährung für eine „fundamentale Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens“ erklärt. Sämtliche Redner begründeten diese Auffassung nach Maßgabe der Erfahrungen in ihren eigenen Wirkungskreisen. Der Referent hatte mitgeteilt, daß auf eine Umfrage die deutschen Handelskammern sich mit Ausnahme von vier sämtlich auf das Entschiedenste für die Aufrechterhaltung der Goldwährung erklärt haben. Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag Ratig für unzulässig erklärt.

Der Chef der erbherzoglichen Vize-Präsidenten-Weissenfelder Linie, Graf Ferdinand, hat in der letzten Erbschaftsfrage an den Landtag des Fürstentums Lippe einen Protest gegen die Einsetzung des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe als Regenten gerichtet. In dem Protestschreiben wird der Erblasser des Fürstentums Lippe, der Kaiser, als der Erblasser des Fürstentums Lippe bezeichnet, als recht ungültig und rechtsverbindlich bezeichnet und der Landtag gebeten, der auf Grund dieses Erlasses eingeleiteten Regierung die Anerkennung zu verweigern und Maßregeln zu treffen, daß der nächste thronfolgeberechtigte Agnat zur Regierung berufen werde.

Wie der „Dresdener Generalanzeiger“ von zuverlässiger Seite erfährt, konfiszirte dieser Tage ein schlesischer Magistrate mit dem Kardinal Bischof von Breslau. Der Magistrate fragte, wie der Kardinal über die Haltung des Zentrums bei der Abstimmung über den Antrag Levetzow, betreffend die Bismarck-Ehrung im Reichstage, denke. Wie schon telegraphisch mitgeteilt, antwortete der Kardinal, daß er die ablehnende Haltung des Zentrums aus tiefster Überzeugung. Auf die Frage des Magistrates, ob er von dieser Äußerung Gebrauch machen dürfe, erwiderte der Kardinal: „Ich stelle Ihnen anheim, von meiner Äußerung gegenwärtig beliebigen Gebrauch zu machen.“

Die durch die Zeitungen gehende Mitteilung, der Finanzminister Dr. Miquel habe sich im Staatsrathe in ungewisser Weise bismarckianisch ausgesprochen, ist vollständig unzutreffend, was ja schon aus der Thatsache hervorgeht, daß die Verhandlungen des Staatsrates beiwohnenen Minister sich bekanntlich an der Debatte gar nicht beteiligten.

Durch die mit dem 1. Januar 1893 in Kraft getretene Krankenversicherungsnovelle ist den Berufsangehörigen das Recht erteilt worden, auch während der Karenzzeit in Erkrankungsfällen, welche durch Unfälle hervorgerufen sind, das Heilverfahren zu übernehmen. Das Versicherungsamt hat über den Umfang, in welchem von diesem Rechte seitens der Berufsangehörigen Gebrauch gemacht worden ist, ein Statistik veranlaßt. Aus derselben geht hervor, daß schon im Jahre 1893 von den gewerblichen Berufsangehörigen 38 in rund 250 und von den landwirtschaftlichen 16 in 253 Fällen das Heilverfahren während der Karenzzeit übernommen hatten. Es ist also nicht zu verkennen, daß mit der in Rede stehenden neuen Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes ein Bedürfnis ausgesprochen ist. Allseitig wird von den Berufsangehörigen anerkannt, daß bei schweren Verletzungen durch ein Unthunlich sofort nach dem Unfall eingeleitetes intensives, wenn auch kostspieliges Heilverfahren die Erwerbsfähigkeit der Verletzten weit schneller und nachhaltiger als bei der gewöhnlichen Krankenpflegebehandlung wiederhergestellt wird und daß insbesondere bei Knochenbrüchen und sonstigen Funktionsstörungen einzelner Glieder durch eine rechtzeitige d. h. im direkten Anschluß an die Heilung vorgenommene mechanische Nachbehandlung die Verletzten viel früher als sonst ihrem Berufe zurückgegeben werden können. Eine Reihe von gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsangehörigen führt nur noch Klage darüber, daß die Krankenpflege, abgesehen von den größeren Betriebskrankheiten, die im Krankenversicherungsgesetz vorgeschriebenen Anzeigen theils garnicht, theils verspätet eintreffen. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Krankenpflege, je mehr die Berufsangehörigen von dem Rechte, welches ihnen das Krankenversicherungsgesetz gewährt, Gebrauch machen, und im Jahre 1894 soll dies schon in einer noch erheblicheren Anzahl von Fällen geschehen, wegen der daraus für sie entstehenden wesentlichen Entlastung mit der Zeit im eigenen Interesse die Anzeigen rechtzeitig eintreffen werden. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit, welche eine gezielte Entwicklung der Angelegenheit sowohl für die Verletzten als auch für die Berufsangehörigen hat, hat das Versicherungsamt die Vorstände der letzteren ersucht, bis auf Weiteres allfällige bei Einreichung der Rechnungsergebnisse über die erzielten Erfolge und gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Zu der Neuordnung der preussischen Staatsbahnverwaltung wird der „Frankf. Ztg.“ aus Köln, 2. April, geschrieben:

„Nicht so geräuschlos, wie der Eisenbahnminister seiner Zeit im preussischen Landtage versprochen, hat sich am 1. April erfolgte Umgestaltung der Eisenbahnorganisation vollzogen. Hunderte von Beamten höherer und niedriger Ranges haben in den letzten Tagen ihren Wohnsitz wechseln müssen. Geradezu komisch war der in einigen Städten nötig gewordene Umzug der massenhaften Familien, der tausendfachen Ausfuhr von nicht auszuführenden Plänen und anderer Dinge, von denen sich die Herren nicht trennen wollten. Offen wir, daß bei einer nächsten Umgestaltung noch weniger Köpfe und namentlich noch weniger Altmaterial in Bewegung gesetzt werden müssen. Eine recht erhebliche Zahl von Beamten wird in Folge des Gesetzes vom 4. Juni 1894 theils zur Verfügung des Ministers gestellt, theils pensioniert. Es sind dies nach dem Etat für das Jahr 1894—95: 4 Eisenbahn-Direktionspräsidenten, 1 Vorsitzender des Eisenbahn-Komitees, 99 Direktionsmitglieder und Betriebsdirektoren, 118 Mitglieder der Betriebsämter u. s. w., zusammen 223 höhere Beamte, nebst 653 Rastern, Buchhaltern, Eisenbahnbetriebssekretären u. s. w. Diese Beamten haben also alle ihre Berufstätigkeit mit

dem 31. März d. J. eingestellt, und zwar, wie man annehmen darf, mit verschiedenen Gefühlen, die einen erfreut über das sie erwartende otium cum dignitate, andere mit Bangen auf die sie erwartende Unthätigkeit blickend.“

Eisenach, 4. April. Reichstagsnachwahl. Bis jetzt wurden gewählt für Sedels (natl.) 1390, Rösche (Bund der Landwirthe) 592, Klemm (Antisemit) 694, Casselmann (Frei. Volksp.) 1414 und Böhle (Soz.) 1493 Stimmen.

Strasbourg i. G., 4. April. Bei der Reichstags-Neuwahl im Wahlkreise Erstein-Mols ein erhielten nach vorläufiger Feststellung der Wahlresultate 11751, Böhle (Soz.) 5400 Stimmen. Der Verlust waren 540, ungültig 681 Stimmen.

### Oesterreich-Ungarn.

Der Versuch, das Denkmal des Generals von Hentzi auf der Burg in Wien zu zerstören, hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf den jüdischen Haß gelenkt, mit dem die chauvinistischen ungarischen Kreise das Andenken des Mannes verfolgen, der 1849 die Festung Ofen gegen Görz und das magyarische Heer verteidigte. Es werden ihm besonders die Beschädigung der Stadt Pest und die Zerstörung der Kettenbrücke vorgeworfen. Thatsächlich hat der General v. Hentzi auf seine Pflicht gethan, um den Posten, der ihm anvertraut war, zu halten und dabei noch jede mögliche Schonung gegen die Stadt und ihre Bewohner angewandt. Die Kettenbrücke machte er nur unbrauchbar, obgleich er sie vollständig hätte zerstören können. Er verfügte über 5000 Mann und 85 Geschütze, aber Berath und Fahnenflucht schwächte die Kraft der Verteidigung, die sich gegen 35000 Feinde zu wehren hatte. Vom 4. bis 21. Mai dauerte die Belagerung, bei der die Ungarn schonungslos ihr Feuer auf Ofen richteten, um durch die Leiden der Einwohner auf den Festungskommandanten einzuwirken. Wiederholte Stürme wurden abgelehnt, bis schließlich in der Nacht vom 20. zum 21. Mai mit Hilfe eines treubruchigen Infanteriebataillons der Verteidiger die Ungarn in die Festung einbrachen. Hierbei erhielt der General v. Hentzi einen Schuß in das Bein und wurde tödlich verwundet. In das Krankenhaus gebracht. Die Sieger gingen mit wilder Grausamkeit vor. Eine der einzigen Zeitungsberichte kleine Schritt: Die Verteidigung der Festung Ofen (Wien Reichswehr) macht auf die Beschimpfungen, die der sterbende General erfährt, folgende Angaben:

„Eine Anzahl der Fanatisirten unter Führung eines Honved-Offiziers drang in das Schulhaus ein, wo der verwundete Herr General Hentzi lag, verhöhnte und beschimpfte ihn anständig, legte ihn dann auf eine Trage und schleifte ihn triumphierend unter Auspielung des Habsburger Wappens durch eine Gasse zum Hofe der Festung, um ihn dort zu erschlagen. In der Festung, verurteilte ihn hier neuerdings und trug endlich den ganz Erschöpften, bereits in den letzten Stufen liegenden in das Generalkommando-Gebäude, wo ihm auf einem Kuchentische eine Lagerstätte angewiesen wurde. Gegen 1 Uhr Nachts vom 22. auf den 23. Mai, nachdem er durch einen ganzen Tag den Beschimpfungen und Anschuldigungen in rohester Art in sein Zimmer eindringenden Rebellenführer ausgeübt war, gab der ritterliche General, dem man jetzt mit vollem Rechte den Namen Vorkämpfer gleichfalls beilegen kann, seinen Geist auf. Die Leiche des Verstorbenen wurde am 23. Mai Mittags, nachdem er durch einen Honved noch portraitiert wurde, in Unterleinen in ein eiserne Gefäß gewickelt, auf einen gewöhnlichen Wagentisch gelegt, von dem bei seiner nicht genügenden Länge der Kopf und die Füße herabhängten. In demselben Behälter lag die verbrannte Leiche des aufständischen Obersten v. Almásy auf einer ähnlichen Unterlage. Doch auch die Leichen dieser zwei Dahingegangenen entgingen nicht der weiteren Mißhandlung; man ließ den 23. Mai bis Abends den zusehenden Pöbel der beiden Schwefelkörbe, der mitunter in sehr eleganter Herren- und Damenkleidung erschien, in dieses Gewölbe ein und gab sie jeder frechen Mißhandlung preis.“

Wenn man diese auf Tagebüchern eines Augenzeugen beruhenden Schilderungen liest, kann man die Eroberung Ofens nicht grade als eine besondere Ruhmes That der magyarischen Sieger betrachten. Aber für die Chauvinisten ist Hentzi, der geborne Magyar, immer noch die Verkörperung des verhassten Systems Alt-Oesterreich und sein Denkmal ihnen deshalb ein Dorn im Auge. Als nun am 21. Mai 1893 General Janosch mit Offizieren der Kaiser Garde das Denkmal besetzte, kam es zu Krawallen auf der Straße und im Abgeordnetenhaus, die eine tiefe Verstimmlung zwischen dem Heer und dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Tisza hervorriefen, die nur mühsam beigelegt wurde, deren Folgen aber noch bei der Enttüllung des Honved-Denkmal in Wien 1892 sich zeigten. Graf Szapary hatte damals Gelegenheit zu einer Auslösung des Heeres und der Honveds von 1849 bezeugen wollen, aber an den Chauvinisten scheiterte der Versuch. Der Krieg gegen den Kaiser ist ein Zeichen wüsten Fanatismus und faun die Sympathien für die magyarische Verewaltung anderer Nationalitäten und Ansichten nicht erhöhen.

Wien, 4. April. Der Kaiser empfing heute eine Abordnung aus Ostrien und betonte ihr gegenüber, die Regierung werde die Denkschrift über die wirtschaftliche Nothlage in Ostrien eingehend prüfen und zu ihrer Hebung ihr Möglichstes thun. Die Abordnung erschien hierauf bei dem Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz und sprach die Bitte aus um Unterstützung der Regierung für verschiedene wirtschaftliche Unternehmungen, um die Wirtungen der Weinplanklausel des mit Italien abgeschlossenen Handelsvertrages aufzuheben. Der Ministerpräsident sagte eine sorgfältige Prüfung der angebotenen Pläne zu.

Wien, 4. April. Erzherzog Franz Ferdinand, welcher nach erfolgter Rückkehr von seiner mit dem Rammkreuzer „Elisabeth“ gemachten Erdumreise seine 2000 engl. Meilen lange Reise umfassen den täglichen Aufzeichnungen ausschließlich für die Mitglieder der kaiserlichen Familie und einen Kreis nahestehender Personen in Druck zu geben beabsichtigt, ließ sich durch zahlreiche an ihn gelangte Wünsche bewegen, die Aufzeichnungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Gleich nach dem Differenz soll der erste Band des auf 2 Bände berechneten, unter dem Titel „Tagebuch meiner Reise um die Erde“ erschein-

den Werkes veröffentlicht werden. Derselbe be- trifft die vom 15. Dezember 1892 bis 15. Mai 1893 zurückgelegte Reise von Triest bis Syonhe und umfaßt 35 Druckbogen mit 44 Illustrationen von der Künstlerhand L. H. Fiskers. Der zweite Band dürfte im Laufe des Sommers erscheinen.

Wien, 4. April. Baron Dipanti ist aus dem Untersuchungsausschusse des Wahlreformgesetzes ausgeschieden, weil in Antrag, daß die sogenannten Hinguldenmänner, deren Steuerleistung durch die Steuerreform bedeutend erniedrigt wird, trotzdem das Wahlrecht in der bisherigen Kurie behalten sollen, in der Vorbereitung blieb. Die Kurie, die Polen und die konservativen Großgrundbesitzer wollen diese Klasse von Steuerzahlern in eine neu zu schaffende fünfte Kurie einreihen. Die geschiedenen Blätter betrachten durch den Austritt Dipantis, hinter dem die Klerikalen stehen, die Wahlreform als gescheitert. Liberaler Seite wird dem widersprochen und versichert, der Untersuchungsausschuss werde nach Ostern seine Arbeiten fortsetzen und den Wahlreformentwurf feststellen. Jedenfalls ist die Lage sehr kritisch geworden.

### Schweiz.

Bern, 4. April. Der Nationalrath beschloß mit 75 gegen 54 Stimmen, auf die Vorlage des Bundesraths über die Errichtung einer Bundesbank einzugehen. Die 54 Stimmen der Minderheit fielen auf einen neuen Antrag Ramm auf einfache Rückweisung des Entwurfs. Die abschließende Beratung der Vorlage wurde auf die Junitagung verschoben.

Basel, 3. April. Die hiesige deutsche Kolonie feierte in den prächtigen Räumen des Stadtkasinos Bismarcks Geburtstag. Die mächtigen Säle waren zu eng für die tausendköpfige Menge. Auch viele Schweizer gaben durch ihre Anwesenheit Ausdruck ihrer reellen Gefühle für das große Nachbarn. Den Vorsitz führte der kaiserliche Konsul, Legationsrat von Saldern. Die Festlichkeit wurde durchgeführt von dem deutschen Militärverein, dem Landwehr- und Reservisten-Verein und dem deutschen Vorkämpfer unter Mitwirkung bewährter Kräfte des hiesigen Stadtvereins und der Regimentsmusik des 142. Regiments aus Mühlhausen i. G. Der sächsische Oberstleutnant a. D. Frhr. v. Welt brachte das Hoch auf den Kaiser und auf die deutschen Bundesfürsten aus und die Hauptrede zu Ehren des Geehrten hielt Legationsrat von Saldern. Der Redner gab nach einem geschichtlichen Rückblick eine Schilderung der imposanten persönlichen Erscheinung Bismarcks und empfahl den großen Staatsmann und Patrioten allen deutschen Männern wie Frauen als leuchtendes Vorbild. Das Hoch auf Bismarck wurde mit unbeschreiblichem Jubel angenommen. Professor Rühlmann sprach sodann in geistvoller Weise auf die deutschen Frauen, Herr Gagneur auf die beim Fest Mitwirkenden und schließlich Herr von Saldern auf die Schweiz und die gastfreundliche Stadt Basel. Der Glanzpunkt der Feier waren lebende Bilder, Epochen aus den Kriegsjahren 1870/71.

### Niederlande.

Haag, 4. April. Die Zweite Kammer nahm einstimmig die Abmachung mit Portugal an, durch welche die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern einseitig geregelt werden. Ebenso wurde mit 69 gegen 5 Stimmen der Gesetzesentwurf genehmigt, nach dem vom 1. Juni ab der Zinsfuß für ständisch in Zuder einzuweisen auf ein Jahr aufgehoben wird.

### Belgien.

Brüssel, 4. April. Die Kammer legte heute die Beratung der zum Gemeinderatsgesetz beantragten Zusatzes fort und verwarf mit 78 gegen 53 Stimmen den Antrag des unabhängigen Brüsseler Abg. Theodor, der für die Gemeinderäte wahlen die Annahme desselben Wahlkörpers wie für die Kammerwahlen vorschlägt mit der Verpflichtung dreijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde zur Erlangung des aktiven Wahlrechts. Die Kammer nahm nach einander alle Artikel der Gemeinderatsgesetzvorlage in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung an. Eine einzige Änderung, die von der Regierung genehmigt war, und in der vorgeschlagen wird, daß in den großen Industriezentren einige weitere Gemeinderäte ernannt werden, ist als angenommen worden. Die Abstimmung über das Gesetz im Ganzen wurde auf Morgen vertagt.

Brüssel, 4. April. Der „Chronique“ zufolge erhielten sämtliche Minister Drohbriefe, worin zur Mache für das Blutbad in Kenzig ihnen die Ermordung angedroht wird. Die Briefe wurden der Polizei übergeben.

### Frankreich.

In juristischen Wochenchriften Frankreichs ist schon bei verschiedenen Anlässen durch Angriffe gegen den Richterstand dieses Landes angedeutet worden, daß die Mitglieder der hochwürdigen Körperschaft, wie schon unter dem Kaiserreich, so auch unter der dritten Republik, sich nicht an den alten Spruch halten: rendre des arrêts et non des services, was sich durch die sinngetreue Uebersetzung: „Urtheile erlassen und Niemand zu Diensten“ nicht in der ganzen Schärfe wiedergeben läßt. Solche Angriffe, auch wenn sie bestimmten Personen gelten, bleiben, wenn von scharfen Pariser Federn ausgehend, unvergessen. Thatsächlich hat sich das Kliententhum im französischen Richterstande mit der Staatsgewalt verschoben. Seitdem die Republikaner, um die alten konparteilichen Richter loszuwerden, die Unabsebarkeit vorübergehend aufhoben, um die mangelhaften Persönlichkeiten in den Richterstuhl zu versetzen, seitdem die Magistratur „gereinigt“ ist, wie es bei Freund und Gegner, nur je nachdem in verschiedenem Sinne heißt, so sind auch die Richter und Staatsanwälte denen ergeben, die eines Tages Minister werden können, oder ihrem parlamentarischen und außerparlamentarischen Anhang. Sie haben sich sogar in auffälliger Weise den Seiten der Zeit angepaßt, sodaß sich der jetzige Justizminister genöthigt gesehen hat, ihnen durch ein Rundschreiben die Würde ihres Amtes ins Gedächtnis zu rufen. Es wird darin den ersten Präsidenten und Staatsanwälten ausgeben, den ihnen unterstehenden Beamten einzuschärfen, daß sie von den ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen keine Gefchenke zu erbiten oder anzunehmen haben, welche Gefchenke meist in der Form von Freischaftsbriefen für die Eisenbahnen, Freikarten zum Eintritt in Schachtheater und andere Vergnügungsorte bestehen, wo die Magistratur sich mit besonderer Vorliebe von

den amtlichen Auftritten zu erholen scheint. Mit solchem Gebahren stimmt freilich die tolleste weiße Kaskade, der Gehrock und der Zylinder, ohne welche ein korrekter „Magistrat“ nicht denkbar ist, wenig überein. Es handelt sich, bemerkt das „Journal des Debats“, um zweierlei Bewerungen für Freigeiz, um solche Beamte, die umsonst reifen wollen, und um solche, die sich umsonst erholen wollen. Beide Gruppen mögen ineinander greifen, z. B. wenn es sich um eine Reise nach Paris handelt, wo die Fühlung mit dem Großhändlerbureau und Stellengeber bestehen oder zu halten ist — das ist wenigstens der Vorwand —, wo man jedoch in den seltensten Fällen den Winter überhaupt aufsucht. Daher wird über das ministerielle Rundschreiben große Freude unter den Praktikanten, Staatsanwalts- und Rathsbäumen der Provinz herrschen. Ueberhaupt ist es bedenklich, wenn die Eisenbahngesellschaften neben den Zeitungsberichterstattungen auch noch den richterlichen Beamten Freischaftsbriefe ausstellen. Was die Vergnügungsorte betrifft, so hat der frühere Justizminister in der Kammer bereits erklärt, daß er gewisse hochgestellte richterliche Personen daran erinnern müsse, daß wenn sie gewisse Vokale besuchen, sie dann auch Eintrittsgeld zu zahlen hätten; sie seien daselbst nicht zu Hause, ebenso wenig wie die Besitzer solcher Lokale in den Räumen der Staatsanwaltschaften zu Hause seien. Ob es fruchtbar wird? Wohl ebenfalls, wie es unter Ludwig XIV. möglich war, die Prälaten zum Verbleiben an ihrem Wohnsitz anzubalten, so daß es als gleichbedeutend etwa mit dem „Prediger in der Wüste“ hieß: C'est aux prélats de com- precher la résidence. Freilich ist die Mahnung für die ersten und begabtesten richterlichen Personen in Frankreich, für die große Mehrzahl, von vornherein überflüssig, wer jedoch in Frankreich gesellschaftliche Verbindungen hat, wird nur zu gut, daß unter dem jetzigen Regime die Streber und Freischaftsbettler besser fortkommen als jene.

Paris 2. April. Die Anzucht der Mitglieder der Regierung, welche die Regierung für den Wabagasar-Feldzug trifft, wächst fortwährend, und man kann denken, die sie bitter tadeln, nicht Unrecht haben. Es ist schwer, eine Sache ungeachtet der Anzucht, als es die Regierung mit diesem Unternehmen thut. Jeder Absicht davon war bisher eine Koppligkeit. Deshalb wurde Dr. de Villers im Herbst nach Wabagasar geschickt? Man mußte doch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Hovas seine Forderungen ablehnen würden. In diesem Falle erfolgte der Bruch kurz vor dem Eintritt der Regierung, während deren europäischen Truppen auf Wabagasar seinen Krieg führen können, und man mußte mit dem Beginn der Feindseligkeiten sechs Monate warten. Dieses habe Jahr war für die Hovas natürlich nicht verloren. Sie konnten sich befestigen und rüsten, und wenn das auch viel Zeit nicht allzu viel belagen will, so bedeutet es immerhin eine gewisse Vermehrung der Schwierigkeiten, mit denen die Franzosen zu kämpfen haben werden. Und es wäre doch so einfach gewesen, Dr. de Villers de Villers um drei oder vier Monate später nach Antananarivo zu schicken! Dann hätte der Rückzug seines Ultimatus sofort die Kriegserklärung und wenige Wochen später der Vormarsch der Truppen folgen können, und es wäre den Hovas nicht entfallen so viel Zeit geblieben, sich auf den Angriff vorzubereiten. Nicht weniger erstaunlich ist die Leichtgläubigkeit, mit der die französische Regierung noch jetzt die Aussagen von Guevren, Patronen und sogar Kanonen gestattet, von denen sie weiß, daß sie auf englischen und norwegischen Schiffen unverzüglich den Weg nach Wabagasar nehmen werden. Die Kriegsverwaltung reitet sich damit aus, daß es sich um die Auslieferung früher abgeschlossener Lieferungsverträge handelt. Als ob das ein Grund wäre, die Bewaffnung eines Feindes zu erleichtern! Man tröstet sich auch damit, daß die den Hovas verkauften Waffen nicht neuester Bauart sind und von den französischen Arsenalen selbst abgegeben werden, damit man sich der unbrauchbaren Bestände entledige. Es mag ja sein, daß Gras-Gewehre nicht so rasch schießen wie Lebel-Gewehre und die Geschütze von 1874 nicht so weit tragen wie Heffke-Kanonen letzter Form. Jedenfalls sind jene abgelegten Waffen noch ganz gut im Stande, in französischer Soldatenleiber Köpfe zu schlagen, und es wäre der Anfang aller Weisheit gewesen, sie nicht an die Vertreter der Hovas zu verkaufen, die dem französischen Staatschatz doch nur einen Pappenstiel für sie gaben. Die Verlegenheit, in welche die durch die Beschädigung des „Brinkburn“ verursachte Verzögerung von wenigen Tagen in der Beförderung der Kanonen die Regierung bringt, beweist, daß sie die sechs Monate Vorbereitungszeit weniger ausgenutzt hat als die Hovas. Es ist alles lässig und schleppend behandelt worden und jetzt hastet und drängt man und zählt fieberhaft die Tage, die die Stunden. In Majunga sollten Landungsbrücken und Landungsstadien gebaut werden. Es ist aber nicht fertig, und Menschen, Pferde, Kanonen, Geschütze müssen in Booten oder Prähmen mühselig und langsam ans Land geschafft werden. Geht alles glatt wie in Dahomey, so wird man die bezagungen Fehler vergessen. Sollten aber die französischen Truppen bei irgend einer Gelegenheit auf Wabagasar ein Witzgeck erleben, so wird man von der Regierung streng Rechenschaft fordern.

Paris, 4. April. Der Senat nahm die Voranschläge für Kultus, Handel und Unterricht an, nachdem er sämtliche von der Kammer genehmigten Erhöhungen gestrichelt hatte; diese Voranschläge müssen daher wieder an die Kammer zurückverwiesen werden.

Paris, 4. April. Der Marineauschuss bewilligte vier neue Panzerschiffe.

### Spanien und Portugal.

Madrid, 4. April. Ministerpräsident Canovas theilte im Kabinetsrat einen Drahtbericht aus Havanna mit, der bestätigte, daß die spanischen Truppen bei jedem Zusammenstoß die Ausländer bisher geschlagen haben.

Madrid, 4. April. Der Kreuzer ging nach Kuba ab zur Bewachung der Küsten. Die Bank von Spanien stellte der Regierung zum Feldzug auf Kuba fünfzig Millionen zur Verfügung.

### Schweden und Norwegen.

Christiania, 4. April. Storching. Der ehemalige Minister Strup brachte bezüglich des außerordentlichen Heeresbudgets eine Anfrage ein.

Er betonte, es sei die Hauptsache, die Vertheilung in Ordnung zu halten, da man bei der jetzigen Lage der auswärtigen Angelegenheiten nicht wissen könne, wann ein Krieg ausbrechen werde. Er wies auf die starke Entwicklung der Vertheilung Schwedens während der letzten zehn Jahre hin und fragte, wann das außerordentliche Budget vorgelegt werden würde. Der Kriegsminister erwiderte, die Vorlegung werde in der Woche nach Ostern erfolgen.

### Großbritannien und Irland.

Die kolonialpolitischen Differenzen zwischen England und Frankreich in Westafrika scheinen von englischer Seite mehr aus alter Gewohnheit als aus gründlicher Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse hervorgerufen worden zu sein. Englands Rechtsansprüche in jenen Gegenden sind keineswegs so zweifellos und sicher fundiert, als es daraus die weitgehenden Ansprüche herleiten konnte, die es thatsächlich formuliert und die, wenn man es ruhig gewähren ließe, zur Umschließung aller anderen Nationen aus jenen Gegenden des schwarzen Erdtheiles führen würden. Aber selbst, wenn man in der Theorie den englischen Standpunkt gelten lassen wollte, so bliebe noch immer die Frage nach den realen Mitteln, um eine offene, über welche England in jenen fruchtigen Gegenden gebietet. Und da sind ihm denn die Franzosen um eine gute Strecke voraus. Selbst in dem für Englands Weltmachtstellung geradezu den Schlüssel bildenden Ägypten ist die britische Machtentfaltung nur verschwindend gering; sie wird vollends gleich Null in den oberen Nil- ländern, und speziell in dem ganzen Flußgebiete des Nyl- und Sobat, welches die englische Pflanzstätte bereits durch die vom Kongo aufgeborenen französischen Expeditionen bedroht sieht, giebt es gegenwärtig keinen einzigen britischen Staatsangehörigen. Es ist deshalb auch nicht wohl anzunehmen, daß der im englischen Parlament und in der Presse geblasene Sturm wegen des Nyl- und Sobat-Expeditionen am Mittelmeer des Nyl und in den Hinterländern der Goldküste in Paris besonders tiefen Eindruck machen wird. Frankreich verfährt in Westafrika nach einem Plane, der darin besteht, das bis jetzt noch fehlende Bindeglied zwischen seinem dortigen und seinem nordafrikanischen Kolonialreiche zu schaffen. Es hat sich ad hoc militärisch so stark gemacht, daß es auf die militärische oder auch papierene Breite der Engländer keine Rücksicht zu nehmen braucht, um so weniger, als man in Paris recht wohl weiß, daß England aus vielerlei Gründen nicht daran denken kann, sich mit Frankreich wegen Westafrikas im Ernst zu überlassen.

London, 4. April. Am Montag wird sich der Sprecher des Unterhauses, Peel, der Sohn des bekannten Sir Robert Peel, verabschieden — nach englischer Sitte muß er mit jedem einzelnen Abgeordneten einen Händedruck austauschen —, am dann die wohlverdiente Ruhe zu genießen. Mehr als zehn Jahre hat er unter konservativen und liberalen Majoritäten mit stets gleicher Anerkennung seinen Amt als Sprecher des Hauses das schwierige Amt des Sprechers mit der größten Würde verwaltet. Wie üblich, wird für ihn von der Regierung eine Pension beantragt werden, die die statliche Summe von fünfzigtausend Pfund Sterling beträgt. Nach längerem Schwanken hat sich der Ministerialrath für den Abolaten Gully als Kandidaten für den Sprecherposten — die Neuwahl findet schon Dienstag oder Mittwoch statt — entschieden, doch wird die Regierung nicht selbst dem Hause diese Kandidatur empfehlen, sondern zwei liberale Abgeordnete werden seine Wahl beantragen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß seine Wahl sofort erfolgt, da nicht anzunehmen ist, daß die Parlamenten, bei denen die Entscheidung liegt, gegen ihn stimmen werden. Gully, der sich als Abolater einen bedeutenden Namen zu schaffen gewußt hat, aber als Parlamentarier wenig hervorgetreten ist, eignet sich durch seine würdige und imponierende Erscheinung vorzüglich zu der mehr dekorativen Ehrenstellung des Sprechers.

### Rußland.

Petersburg, 4. April. Eine Verordnung des Ministers des Innern schärft den Gouverneuren eine strengere Bewachung der Provinz- presse ein, da ein Theil derselben fortfährt, die Fortdauer des selbstherrlichen Systems zu bekämpfen.

### Serbien.

Belgrad, 4. April. Der Kassationshof entschied anlässlich manniglicher Beschwerden, daß die Personalsteuer in den Wahlgemeinden nicht eingerechnet werden kann.

### Bulgarien.

Sofia, 4. April. Heute begann vor dem Appellhof der Prozeß gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Kufanow. Vier Verteidiger waren bestellt, darunter Grewow. Die Anklage erfolgt auf Auslage des 1894 wegen Komplotts gegen das Leben des Fürsten verurtheilten, später begnadigten Kula Kufanow, der Kufanow beschuldigte, ihn während der Untersuchung mißhandelt zu haben.

### Japan.

Tokio, 28. Februar. Wie der japanisch-chinesische Krieg bald beendet werden kann, ist eine Frage, mit der sich die europäischen Zeitungen weit mehr beschäftigen als die japanische Presse. Hier steht es bei der öffentlichen Meinung als unumstößlicher Glaubenssatz fest, daß, ehe Peking nicht genommen ist, die chinesische Regierung zu angemessenen Zugeständnissen nicht zu bewegen ist. Durch die Vorlage eines neuen Kriegsbudgets hat die Regierung sich vom Parlament ermächtigen lassen, nach Verbrauch der früher bewilligten 150 Millionen Yen noch weitere 100 Millionen im Wege einer neuen Progressiven Anleihe zur Zeichnung aufzulösen. Einweilen ist zwar erst ein Drittel der ersten Kriegsanleihe eingezahlt und verbraucht; aber durch den neuen erfolgreichen Appell an den Patriotismus des Parlamentes giebt die Regierung doch zu erkennen, daß sie durch große Unternehmungen den populären Erwartungen entsprechen wird. Nach dem siegreichen Eingange in Peking wird es sich vielleicht zur Ueberwindung der englischen und französischen Politiker zeigen, daß die japanische Regierung so weitreichende territoriale Veränderungen, wie jetzt meist vorausgesetzt wird, von China gar nicht verlangen wird. Wir halten es für wahrscheinlicher, daß Japan sich mit den beiden Punkten Port Arthur und Wei-hai-wei begnügt, die für China bis zum Wieder-











